

Wie Politiker über Eigenkapital diskutieren

SEUZACH 22 Delegierte hatten einen Beschluss von grosser Tragweite zu fassen. Es wurde intensiv diskutiert. Jetzt ist klar, wie der Umbau des Alterszentrums im Geeren finanziert wird.

Jetzt steht die Summe fest: Für 49,15 Millionen Franken soll das Alterszentrum im Geeren in der Zeit zwischen 2019 und 2023 erweitert und saniert werden. Die 22 anwesenden Delegierten der zwölf Zweckverbandsgemeinden haben dieser Investitionssumme am Mittwochabend mit grossem Mehr bei drei Enthaltungen zugestimmt. Die Bevölkerung des Zweckverbands kann darüber voraussichtlich am 4. März 2018 an der Urne entscheiden.

Er freue sich auf einen konstruktiven Dialog, sagte Jürg Alenspach, Präsident der Delegiertenversammlung, zu Beginn der Versammlung. Doch ganz so konstruktiv wie gewünscht ging die Diskussion darüber, wie der Baukredit finanziert werden soll, dann nicht über die Bühne. Dafür blieb die Versammlung bis zum Schluss spannend.

«Wir finden es nicht richtig, dass die Gemeinden für die nächsten 35 Jahre zinsloses Geld einschliessen sollen.»

Peter Matzinger,
Gemeindepräsident Dinhard

Die Auseinandersetzung drehte sich hauptsächlich um die Frage, wie viel Geld die Gemeinden in welcher Form ins Umbauprojekt einschliessen sollen. Der Konsens der Delegierten lag bei 7,6 Millionen Franken Eigenkapital und 7,4 Millionen Darlehen. Das restliche Geld soll bei Banken besorgt werden.

Eigenkapital verzinsen?

Die offenkundige Favorisierung dieser am Ende mit grosser Mehrheit befürworteten Variante wurde jedoch durch Einwände respektive Anträge kurzzeitig wieder relativiert. Für Irritation sorgte zum Beispiel ein Votum des Dinharder Gemeindepräsidenten: «Wir finden es nicht richtig, dass die Gemeinden für die nächsten 35 Jahre zinsloses Geld einschliessen sollen», sagte Peter Matzinger. «Wir sind klar der Ansicht, dass das einbezahlte Eigenkapital den Gemeinden zu einem angemessenen Zinssatz verzinst werden sollte, und stellen einen entsprechenden Antrag.»

Dann wäre das Eigenkapital aber wieder als Darlehen zu verstehen, wandte Marcel Knecht von der Betriebskommission ein. «Die Banken würden dann ihr Rating entsprechend ändern, das hätte Auswirkungen auf den Zinssatz.» Der Antrag wurde klar abgelehnt.

Ein weiteres Votum, das bei den übrigen Delegierten kein Gehör fand, erfolgte aus Ellikon an

der Thur. Gemeindepräsident Martin Bühler wollte den Zeitrahmen, in welchem die Gemeinden ihren Anteil am Eigenkapital bezahlen müssen, auf drei Jahre ausdehnen. «Man sagte uns nie, dass unser Beitrag bei 25 bis 30 Prozent der Investitionssumme liegen würde.» Bühler stellte den Antrag, die Kapitalisierung auf drei Jahre zu verteilen.

«Als Austrittswillige müsstet ihr dann ein Drittel weniger bezahlen», sagte der Finanzchef des Alterszentrums mit Blick darauf, dass Bühler seine Gemeinde aus dem Zweckverband herauslösen will. Er frage sich allerdings, «ob die anderen dieses Spielchen mitmachen», so Stefan Callegger. Der Antrag kam trotz Bühlers Protest, «der Vorwurf ist ungerechtfertigt, schliesslich würden alle davon profitieren», über seine eigene Stimme nicht hinaus.

Information im Februar

Als Nächstes soll das Projekt nun im Hinblick auf die Urnenabstimmung im Frühjahr 2018 an den Gemeindeversammlungen vorgestellt werden. Im Februar ist dazu eine grosse zentrale Informationsveranstaltung im Alterszentrum geplant. Details zur Abstimmung finden sich vorher schon in der Weisung, die in den nächsten Tagen auf www.im-geeren.ch geladen wird. Darin wird auch erklärt, weshalb im Kostenvoranschlag für Planung und Realisierung des Projektes insgesamt 53 Millionen veranschlagt sind und der Baukredit nun ohne Projektierungskredit an die Urne kommt. Dagmar Appelt



Bis ins Jahr 2023 soll das Alterszentrum im Geeren von 134 auf 174 Pflegeplätze aufgestockt werden. Johanna Bossart

Für zehn Jahre muss er die Schweiz verlassen

TÖSSTAL Er handelte mit Heroin, und zwar nicht zum ersten Mal. Dafür muss er zweieinhalb Jahre ins Gefängnis und ausreisen.

In der Hierarchie einer Drogenbande steht er auf der untersten Stufe, der 22-jährige Albaner, der gestern vor dem Bezirksgericht in Winterthur erschien. «Es ist selten, dass wir es bei Gassenverkäufern mit Wiederholungstätern zu tun haben», sagte der Staatsanwalt. «Normalerweise sehen wir solche Läufer nie wieder. In dieser Hinsicht ist der Beschuldigte eine Ausnahme.»

Das Bezirksgericht hat den jungen Mann schon einmal wegen

Drogenhandels verurteilt. Er musste die Schweiz zudem für einige Zeit verlassen. Doch noch bevor seine Probezeit ablief, überquerte er bei Chiasso wieder die Grenze und verkaufte ein weiteres Mal Drogen. Obwohl er wegen einer Einreiseperrre gar nicht erst hätte einreisen dürfen.

Ende April nahm er beim Bahnhof Rikon 400 Gramm Heroingemisch entgegen. In kleinen Portionen verkaufte er es weiter und verdiente dabei 7000 Franken. Rund 3000 Franken davon verwendete er, um seinen Lebensunterhalt bezahlen zu können.

Sein Wohnort im Tössstal diente dem Dealer auch als Lagerort. Er bewahrte zwei Reisekoffer mit

15 Kilogramm Marihuana auf, die er von einem unbekanntem Kurrier entgegennahm. Der Hanf blieb jedoch nicht lange bei ihm. Die Polizei beschlagnahmte ihn nur eine Woche später.

«Unter Druck gesetzt»

Wieso er erneut in den Drogenhandel eingestiegen sei, wollte der Gerichtspräsident vom Beschuldigten wissen. Er habe eine ehrliche Arbeit annehmen wollen, gab der Übersetzer für ihn wieder, und dann schnell gemerkt, dass das nicht gehe. «Die Anforderungen waren zu gross.» Man habe ihn ausserdem unter Druck gesetzt. «Ich schuldeten meinen früheren Auftraggebern

Geld, sie haben mich erpresst.» Der Gerichtspräsident wollte auch wissen, wieso er wieder in die Schweiz eingereist sei. Er habe seine Familie unterstützen wollen. «Leider habe ich sie mit meinem Verhalten in noch grössere Schwierigkeiten gebracht», fügte er hinzu. Er sei zudem überzeugt gewesen, die Einreiseperrre sei bereits abgelaufen.

36 Monate Gefängnis sowie zehn Jahre Landesverweis beantragte der Staatsanwalt. Er warf dem Beschuldigten vor, gegen das Betäubungsmittelgesetz verstossen und sich der Geldwäscherei, der rechtswidrigen Einreise und des rechtswidrigen Aufenthalts schuldig gemacht zu haben.

Für 24 Monate plädierte der amtliche Verteidiger. «Ich finde es stossend, dass er für den Drogenhandel und die Geldwäscherei bestraft werden soll», begründete er seinen Antrag. Er habe die Tat zudem nur begehen können, indem er widerrechtlich einreiste. Gegen die zehn Jahre Landesverweis hatte er nichts einzuwenden. Der Beschuldigte sei nicht in der Schweiz geboren und daher kein Härtefall, anerkannte er.

Das Gericht bestrafte ihn mit 30 Monaten Gefängnis und zehn Jahren Landesverweis. Er habe in kurzer Zeit eine Menge Stoff verkauft, der schnell süchtig mache und darum sehr gefährlich sei, sagte der Richter. *neh*

Fast 700 000 Franken Defizit

HENGGART Der Gemeinderat von Henggart hat den Voranschlag für nächstes Jahr zuhanden der Gemeindeversammlung vom 29. November verabschiedet. Der Steuerfuss der Politischen Gemeinde inklusive der Primarschule soll unverändert bei 84 Prozent festgesetzt werden. Die Behörde rechnet für 2018 mit einem Aufwandüberschuss von knapp 683 000 Franken, und zwar bei einem budgetierten Aufwand von rund 11,8 Millionen Franken. Bei einem Ja zum Budget 2018 sinkt das Eigenkapital der Gemeinde Henggart von circa 13,1 auf etwa 12,4 Millionen Franken. *red*

55%
-0.95 statt 2.15
Raccard Tradition Maxi-Block
per 100 g

55%
Alle Kult Ice Tea Brik im 10er-Pack,
10 x 1 Liter, UTZ
z.B. Zitrone, 3.35 statt 7.50

**ALARMSTUFE:
ORANGE!**
Jetzt profitieren.

MIGROS
Ein M besser.

Bei allen Angeboten sind M-Budget und bereits reduzierte Artikel ausgenommen.
ANGEBOTE GELTEN NUR VOM 24.10. BIS 30.10.2017, SOLANGE VORRAT